

Veröffentlicht am: 30.05.2022 – 18:19

Verbot der Nachfrage gefordert



Über 300 Teilnehmer kommen zum Kongress gegen Menschenhandel auf den Gmünder Schönblick. Wie können Ausbeutung und Abhängigkeit heutzutage verhindert werden? Foto: Tom © Tom

- Von Birgit Markert

Was Prostitution mit Ausbeutung und Menschenhandel zu tun hat, zeigt eine dreitägige Veranstaltung auf dem Schönblick. Entschieden dagegen vorgehen, fordern die Teilnehmer.

Schwäbisch Gmünd

Wenn es um Prostitution geht, werden noch „viele alte Metaphern“ bemüht, sagt Kuno Kallnbach, früherer Seminarleiter auf dem Schönblick. Da ist vom „ältesten Gewerbe der Welt“ die Rede. Beim Blick hinter die Kulissen sieht man dagegen Ausbeutung, Abhängigkeit – auch von Drogen –, Kriminalität und Versklavung. Mit dem Kongress „Gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung“ nimmt sich der Schönblick derzeit des Problems an, das sich im Verborgenen abspielt. Am Sonntag begann ein dreitägiger Kongress, bei dem Experten und Politiker das furchtbare Thema beleuchten. 325 Kongressteilnehmer, die aus dem ganzen Bundesgebiet kommen, wollen die Missstände und das mit der Prostitution verbundene Elend nicht mehr länger hinnehmen.

Angemeldet haben sich neben Einzelpersonen auch 40 Organisationen, die sich gegen Prostitution und Menschenhandel engagieren, zum Beispiel die Hadassah Initiative féminine aus Saarbrücken oder Solwodi, ein Verein, der sich für die Rechte von ausländischen Frauen in Deutschland einsetzt, die Not und Gewalt erfahren haben, und der auch im Ostalbkreis seit vielen Jahren aktiv ist. Erfreulich für Kallnbach, dass sich viele Frauen zwischen 25 und 55 Jahren angemeldet haben.

Bei einer Podiumsdiskussion am Montagmorgen wurde klar, wohin die Reise gehen muss: Wie auch die leidvolle Sklavenarbeit nach vielen Kämpfen abgeschafft wurde, sollte die Gesellschaft auch bei Prostitution nicht mehr länger wegschauen. Leni Breyemeier, SPD-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Aalen-Heidenheim, spricht sich klar für das nordische Modell aus: Frauen sollen entkriminalisiert werden und Freier kriminalisiert. Begleitet werden sollte dieser Schritt von einer breiten Aufklärungsarbeit.

Peter Heidt, der für die FDP im Bundestag sitzt, gab zu bedenken, dass es Befürworter und Gegner des nordischen Modells gibt. Er hält es für wichtig, dass eine breite Diskussion in Gang kommt, die zu einem gesellschaftlichen Bewusstseinswandel führt. Auch hält er eine einheitliche Regelung in ganz Europa für zielführend.

„Wir können nicht so weitermachen“, sieht Annette Widmann-Mauz, CDU-Bundestagsabgeordnete, dringenden Handlungsbedarf. Sie nannte das Beispiel Kondompflicht. Wenn Abhängigkeit im Spiel sei, werde die Missachtung in vielen Fällen nicht angezeigt. Sie plädierte dafür, den Begriff „Selbstbestimmung“ in die Diskussion einzuführen.

Frank Heinrich erinnerte an den Kampf William Wilberforces für die Abschaffung der Sklaverei. Die Zivilgesellschaft einzubinden, sei sein Erfolgsrezept gewesen. Eine wichtige Voraussetzung sei aber auch, aufgeklärt und informiert zu sein und auf dieser Basis Abgeordnete davon zu überzeugen, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Frank Heinrich ist Vorsitzender des Vereins „Gemeinsam gegen Menschenhandel“, einem offenen Bündnis von Organisationen und Initiativen, die „gegen den täglichen Skandal und das himmelschreiende Unrecht des Menschenhandels“ kämpft.

Nicht die Augen verschließen

Nachmittags ging es mit Seminaren weiter, die das Thema von allen Seiten beleuchteten: Wie kann man präventiv jugendlichem Pornokonsum entgegenwirken, der enthemmt, oder „vom Ehrenamt zu relevantem Einfluss im sozialen System“ gelangen. Weiteres Thema: „Wie können wir uns als Christen vor Ort für das nordische Modell einsetzen?“ Eine der Referentinnen war Marietta Hageney vom Verein Solwodi, die unter der Überschrift „von der Not ins Elend“ Prostitution in Deutschland beleuchtete.

Prostitution gehe in weiten Teilen mit organisierter Kriminalität einher; die Gesellschaft dürfe nicht länger die Augen davor verschließen, fordert Hageney. Und weiter: „Wir brauchen Gesetze.“ Dem pflichtet Gisela Stephan, Vorsitzende der Frauen Union Gmünd, bei: „Viele ducken sich bei dem Thema weg, wir müssen dranbleiben.“ Sie gab zu bedenken, dass das Prostituiertenschutzgesetz nicht funktioniere. Die frühere Frauenbeauftragte des Ostalbkreises, Ingrid Krumm, brachte den Standpunkt der im Ostalbkreis Engagierten auf den Punkt: „Wir fordern das Verbot der Nachfrage.“ Die Mär vom ältesten Gewerbe können die drei Frauen jedenfalls entkräften, indem sie auf die Hebamme verweisen.

„Wir können nicht so weitermachen.“

Annette Widmann-Mauz, CDU-Bundestagsabgeordnete